

Wie die Palästinenser sich gegen die als Waffe eingesetzte „Entwicklung“ gewehrt haben – vom britischen Mandat bis zum *Gaza Board of Peace*

Das *Gaza Board of Peace* ist der jüngste Versuch der Kolonialmächte, die Palästinenser mithilfe von „Entwicklungs“-Plänen zu beherrschen, zu spalten und zu enteignen. Die Palästinenser haben sich diesen Plänen in der Vergangenheit widersetzt und tun dies auch heute noch.

Salah Abas, mondoweiss.net, 08.08.26

Am 15. Januar 2026 wurde dem Volk in Gaza unter der Schirmherrschaft von Präsident Trump der „Gaza-Friedensrat“ aufgezwungen – verpackt in die Sprache des Wiederaufbaus, der Treuhandschaft und des Friedens. Doch dieses Vorhaben lässt sich besser als die jüngste koloniale Neuaufnahme des Nakba-Projekts verstehen. Kolonialmächte haben systematisch wirtschaftliche Instrumente und „Entwicklungs“-Pläne eingesetzt, um die Palästinenser zu kontrollieren, zu spalten und zu enteignen. Im Gegenzug haben die Palästinenser stets Widerstand geleistet – durch Boykotte, Massenmobilisierung, politische Verweigerung und bewaffneten Widerstand.

Von Anfang an lehnten die Palästinenser das jüdische Monopol auf die Stromversorgung ab, wurden jedoch von den britischen Mandatsbehörden ignoriert.

Heute weigert sich Gaza, seine Zukunft der Besatzungsmacht, den imperialen Treuhandsverwaltungen oder Fantasien von Investoren zu überlassen.

Betrachtet man vier Schlüsselphasen der Entwicklungsprogramme unter britischer Herrschaft, die zionistische Judaisierung nach 1948, die Oslo-Ära und das *Board of Peace* in Gaza, so wird deutlich, dass die heutigen Vorschläge zum Wiederaufbau und zur Treuhandschaft nur das jüngste Kapitel in einer langen, finsternen Geschichte von Nakba-Abkommen sind, bei denen palästinensisches Land und Souveränität im Namen des wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Wohlstands verschert werden.

Die Elektrifizierung von „Palästina“

Im Jahr 1921, während der britischen Mandats Herrschaft in Palästina, holten britische Beamte Pinhas Rutenberg ins Land, um die *Palestine Electric Company (PEC)* zu gründen. Auf den ersten Blick stellte dies einen entscheidenden technologischen Fortschritt und einen infrastrukturellen Sprung dar, der dazu beitragen sollte, ganz Palästina mit Strom zu versorgen und das Land in das neue Zeitalter zu führen.

Stattdessen übertrugen die Briten die gesetzlichen Genehmigungen für die Elektrifizierung im gesamten Mandatsgebiet Palästina einer einzigen Person, dem aus Russland eingewanderten jüdisch-russischen Ingenieur und Zionisten Rutenberg. Die Folge davon war die Ausweitung der Elektrifizierung, um jüdische Siedlungen zu bereichern und Ambitionen zu stärken. Diese Ambitionen manifestierten sich Mitte der 1920er Jahre im Beginn der elektrischen Annexion Palästinas. Zu diesem Zeitpunkt breitete sich das Stromnetz der *PEC* rasch aus und versorgte jüdische Siedlungen in Jaffa, Haifa und Tiberias, während palästinensische Ortschaften in diesen Gebieten sowie große palästinensische Städte wie Nablus davon ausgeschlossen blieben.

Entscheidend für das Wachstum solcher Projekte war die tief verwurzelte Verflechtung britischer Kolonialambitionen mit der sich ausbreitenden Siedlermentalität. Das Ergebnis war die Vergabe verschiedener Entwicklungsaufträge an zionistische Siedler unter systematischem Ausschluss der Palästinenser. Diese Regelung diente nicht lediglich der Vergabe eines Versorgungsauftrags; sie konzentrierte die Macht über die Infrastruktur in zionistischen Händen und verwehrte den Palästinensern jegliche Kontrolle über eine lebenswichtige öffentliche Versorgungseinrichtung.

Trotzdem leisteten die Palästinenser Widerstand. Sie widersetzten sich sowohl der Ausweitung des von den Briten geförderten zionistischen Elektrifizierungsprojekts als auch dessen Übergriffen. Von Anfang an lehnten die Palästinenser das jüdische Monopol auf die Stromversorgung ab, wurden jedoch von den britischen Mandatsbehörden ignoriert. Diese Missachtung bestärkte die Palästinenser darin, auf dem *Fünften Palästinensischen Nationalkongress*, der 1922 in Nablus stattfand, einen Boykott des Rutenberg-Plans zu verkünden. Was folgte, war eine kontinuierliche Eskalation der Strategien und Taktiken gegen das sich ständig ausweitende Rutenberg-Projekt.

Mit dem Wachstum der *PEC* spitzte sich die politische Lage zu, und in vielen palästinensischen Städten kam es zu Demonstrationen, bei denen Parolen wie „Rutenbergs Masten sind unsere Galgen“ durch das Land hallten. Dieses ausgeprägte Bewusstsein für das Kolonialprojekt des Feindes, verbunden mit einer diplomatischen Sackgasse, da Rutenberg und die Briten sich weigerten, auf jegliches Streben nach „Partnerschaft“ mit den Palästinensern einzugehen, diente als Keimzelle, aus der Sabotageaktionen hervorgingen. Diese Aktionen waren in den ersten Jahren sehr erfolgreich und führten zu großflächigen Stromausfällen. Während des Arabischen Aufstands kam es zu einer weiteren Welle intensiverer Operationen; zu diesem Zeitpunkt war das erweiterte Rutenberg-Netzwerk jedoch widerstandsfähiger gegenüber Störungen, da es sich in hohem Maße auf den Schutz und die logistische Unterstützung durch die britischen Behörden stützen konnte.

Es war daher nicht überraschend, dass derselbe koloniale Grundbesitzer, der die Rechte ursprünglich an die *PEC* übertragen hatte, nun zurückkehrte, um die *PEC* vor den Versuchen der Palästinenser zu schützen, diesen „elektrischen Tumor“ zu entfernen. Winston Churchill prahlte damit, die Stromkonzession an ein jüdisches Unternehmen vergeben zu haben, und behauptete, dass „die Araber in Palästina keine wirksamen Schritte zur Bewässerung und Elektrifizierung Palästinas un-

ternehmen würden, nicht einmal nach tausend Jahren.“

In den 1940er Jahren wurden 90 % des Stroms von jüdischen Siedlungen verbraucht. In den Augen vieler Palästinenser waren die Masten und Leitungen, die Rutenberg errichtet hatte und die von den Briten instand gehalten wurden, nichts anderes als Galgen, die sie und ihr Land zu ersticken drohten – Galgen, denen sie mit klarem Verstand und entschlossenem Widerstand begegneten.

Kolonialistische Gruppen kamen nach Palästina, nicht um in Frieden zu leben, nicht um sich mit dem palästinensischen Volk zu assimilieren, sondern um das Land und seine Ressourcen zu erobern und Mütter und Väter von ihrem Land zu vertreiben, mit dem Ziel, die Ressourcen in der arabischen Region zu kontrollieren.

George Habash (Die Jugend wird unsere Zukunft gestalten, 1979, PFLP-Bulletin Nr. 31)

Die Judaisierung Palästinas

Wo die Elektrifizierung der Siedlungen in Palästina den Weg für die Massenvertreibung von 1948 ebnete, nutzten die zionistischen Rechts- und Wirtschaftsentwicklungsprojekte der 1950er und 1960er Jahre die koloniale Katastrophe rasch aus.

Einige Jahre nach der Nakba wurde die zionistische „Entwicklung“ in Palästina durch eine Reihe von Gesetzen festgeschrieben, die den Palästinensern ihre Rechte entzogen und jüdischen Siedlern Anspruch auf diese Landgewinne einräumten. Dies gipfelte in der Verabschiedung des Entwicklungsgesetzes von 1950, mit dem gestohlenen palästinensisches Land in den Besitz der zionistischen Entität überging. Die Folge war der groß angelegte Raub von einer Million Dunam (ca 16,6 % der gesamten Landfläche Palästinas), die an jüdische Eigentümer und Institutionen wie den Jüdischen Nationalfonds übertragen wurden.

Ein frühes zionistisches Projekt veranschaulicht diese Architektur der andauernden Nakba. Unter dem Motto „Galiläa-Entwicklung“ begannen in den 1960er und 70er Jahren neue Siedlungswellen im Nordosten Palästinas Fuß zu fassen, begleitet von einem sich ausweitenden Gürtel aus Sicherheits- und Überwachungsposten. Das Projekt „Galilee Development“ verschlang Zehntausende Dunam palästinensischen Landes und drängte die Palästinenser in isolierte, überwachte Inseln. Diese Ausbreitung diente dazu, die Siedlungen vor palästinensischem Widerstand zu schützen und das Wachstum der palästinensischen Bevölkerung zu überwachen. Diese Politik erreichte 1976 ihren Höhepunkt, als weitere Landenteignungen mehr als 20.000 Dunam rund um Deir Hanna, Arraba, Sakhneen und Al Nasra betrafen.

Der koordinierte palästinensische Widerstand gegen diesen Raub ist als „Tag des Bodens“ bekannt geworden. Der „Tag des Bodens“ zeichnete sich nicht nur durch die kollektive Beteiligung in Form eines Volksstreiks aus, sondern auch durch weitreichende Solidaritätsaktionen im Westjordanland,

im Gazastreifen und in den Flüchtlingslagern im Libanon.

Es ist anzumerken, dass der *Land Day* nicht aus dem Nichts entstand. Anfang der 1950er Jahre wurde deutlich, dass der Widerstand gegen diese Projekte von den durch die Nakba auferlegten zeitlichen, räumlichen und materiellen Bedingungen geprägt war. In Gaza überquerten palästinensische Flüchtlinge die Waffenstillstandslinie, um ihr Land zurückzufordern. Mit der Zeit nahmen diese Bemühungen zu und der bewaffnete Widerstand wurde als Mittel gegen die ethnische Säuberung eingesetzt. Andererseits erkannten die Palästinenser, die in den neu besetzten Gebieten lebten, das juristische Forum als ihre Kampf Bühne. Im Jahr 1952 sahen sie sich willkürlichen Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsbestimmungen ihrer neuen Besatzungsmacht gegenüber, die Zehntausende Palästinenser als staatenlos zu brandmarken drohten.

Als Reaktion darauf wandten sich die Palästinenser (zusammen mit linken jüdischen Aktivisten) im besetzten Palästina vergeblich an die Knesset und suchten daher Unterstützung in der lokalen Bevölkerung. Führende Persönlichkeiten trafen sich mit Vertretern der betroffenen Dörfer und organisierten Proteste, die am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes in einem Generalstreik gipfelten.

Kurz gesagt: In den Jahren nach der Nakba waren die Widerstandsbemühungen gegen die koloniale Entwicklung durch heftige, intensive und reaktive Aufschwünge gekennzeichnet, die eine Reaktion auf die sich häufenden Katastrophen darstellten. Diese waren oft unorganisiert und konnten daher durch das schematisierte Besiedlungs- und Besatzungsprojekt der Siedler in den Griff bekommen werden.

Der Tag des Bodens entstand aus der Organisation im Rahmen der nationalen Politik, die sich weigerte, ihr Land für die Illusion einer „Entwicklung Galiläas“ aufzugeben. Durch organisierte Dorfversammlungen, Demonstrationen, Sitzstreiks und die Bildung lokaler Landverteidigungskomitees wurde diese Identität geschmiedet und der Feind benannt. Aus dieser Perspektive betrachtet, sehen wir, dass der Tag des Bodens in einer Tradition des palästinensischen Volkswiderstands steht, in der nationale Komitees gebildet wurden, um Identität und Ziele im Kampf gegen den Besatzer zu bündeln.

Entwicklung unter Besatzung: Die Illusion der Industriegebiete von Oslo

Das Oslo-Abkommen war ein Versuch, das Unmögliche zu erreichen: den Traum von der Eigenstaatlichkeit auf einem Fundament zu errichten, das bereits unter dem Druck einer sich ständig ausweitenden zionistischen Besatzung zusammenbrach. Dieser Widerspruch zeigte sich an vielen Fronten, am deutlichsten bei der Sicherheitskoordination, aber auch in der wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Abhängigkeit von der Besatzungsmacht. Die Entwicklungszusammenarbeit wurde zum Instrument der Palästinensischen Autonomiebehörde, um die Schwachstelle ihres Projekts zur Normalisierung des palästinensischen Staates zu institutionalisieren und das Schicksal ihrer wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zukunft mit dem Israels zu verschmelzen. Dies

zeigt sich besonders deutlich daran, wie man mit den Industriezonenprojekten im Westjordanland als Weg zum wirtschaftlichen Frieden und zur Entwicklung eines palästinensischen Staates hausieren ging.

Das Projekt zum Industriegebiet in Jenin war eines von vielen Industrieprojekten, die als Freihandelskorridor positioniert wurden, um die Beschäftigung anzukurbeln und Investitionen in den palästinensischen Staat zu locken. In offiziellen Unterlagen wurde das Projekt als Schaffung eines formellen, berechenbaren Umfelds dargestellt, das Joint-Venture-Aktivitäten zwischen israelischen und palästinensischen Unternehmen erleichtern sollte. In dieser Vereinbarung waren jedoch eindeutige Strategien zur Festigung der wirtschaftlichen Bindungen an die zionistische Wirtschaft sowie auf ausländische Bauträger ausgerichtete Zugeständnisse eingebettet, die faktisch die palästinensische Handlungsfähigkeit untergruben.

Eine rechtliche Untersuchung des *Adalah/Bisan*-Zentrums ergab, dass das Industriegebiet von Jenin zwar vollständig unter der Hoheit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) steht, die Konzessionsbedingungen der PA jedoch das Recht entzogen (das ausschließlich dem Bauträger eingeräumt wurde), Mieter abzulehnen, und die praktische Möglichkeit (Eventualität) schufen, Flächen an „einen Siedler, an in Siedlungen tätige Unternehmen oder an israelische Unternehmen“ zu verpachten. Eine weitere damit verbundene Konzessionsvereinbarung erlaubt es dem Bauträger ausdrücklich, Beziehungen zu den „Israelis“ aufzubauen, um für das Gewerbegebiet zu werben, wodurch ein klarer Weg für den Besatzer geschaffen wird, davon zu profitieren.

Das Industriegebiet von Jenin entstand nicht auf unbewirtschaftetem Land, sondern auf palästinensischem Ackerland in Marj Ibn Amer, das bereits durch Landraub seitens der Siedler enteignet worden war. Wenn also die Palästinensische Autonomiebehörde gewaltsam ein exportorientiertes Industriegebiet auf diesem Land errichtet, wird deutlich, dass dies ein Angriff auf landwirtschaftliche Flächen und die Selbstversorgung der Palästinenser ist. Dies ist die erste Stufe des Angriffs: auf das Land selbst, durch Umwidmung, Enteignung und die Aushöhlung der landwirtschaftlichen Selbstversorgung.

Der zweite Ansatz ist wirtschaftlicher Natur. Es handelt sich um einen zweigleisigen Angriff (seitens der zionistischen Besatzungsmacht und ihrer administrativen Marionette): auf das Land selbst durch Umwidmung, Enteignung und Aushöhlung der landwirtschaftlichen Selbstversorgung; und auf die Wirtschaft durch die Neuausrichtung der palästinensischen Produktion auf ein System, das auf die Grenzübergänge der Besatzungsmacht, den Marktzugang und die Nähe zu deren Wirtschaftszentren wie Haifa angewiesen ist. Als diese Projekte Fuß fassten, wurde immer deutlicher, dass eine unvermeidbare Funktion dieser Projekte darin bestand, den Palästinensern die Selbstbestimmung über ihr Land zu entziehen und es an die Besatzungsmacht zu binden.

Der Widerstand gegen diese Bestrebungen nahm vielfältige Formen an. Er wurde einerseits durch

die Hoffnung auf Entwicklungsaussichten im Rahmen des Traums vom Staatsaufbau gedämpft, vor allem aber dadurch, dass er sich gegen die Interessen der Besatzungsmacht und der PA richtete, die diese Entwicklungsordnung aufrechterhält. Aus diesem Grund wirkte der Widerstand oft zersplittert: Landwirte und Grundbesitzer führten Gerichtsverfahren, Forscher und Juristen deckten die verborgenen Strukturen der Konzessionsvereinbarungen auf, und palästinensische Nationalkomitees prangerten Normalisierungsbemühungen an. In einer Erklärung aus dem Jahr 2008, die vom Bezirkskoordinierungsgremium und dem Obersten Nationalkomitee zum Gedenken an die Nakba veröffentlicht wurde, wurden die vorgeschlagenen Industrieprojekte eindeutig als Sprungbrett für eine offensichtliche Normalisierung der Beziehungen zur zionistischen Entität bezeichnet. Die Erklärung kam zu dem Schluss, dass weitere Schritte auf der palästinensischen Selbstbestimmung beruhen müssen, „... um die Standhaftigkeit des palästinensischen Volkes zu stärken und einen Schritt in Richtung der Befreiung von der Abhängigkeit von der Besatzung und ihrer Wirtschaft zu machen“.

Anstatt der palästinensischen Ablehnung dieser Projekte Auftrieb zugeben, hatte sich die Palästinensische Autonomiebehörde als Wächter gegen den Widerstand gegen diese Entwicklungsbemühungen positioniert. Was sich daraus entwickelte, war die Eindämmung und Steuerung des palästinensischen Widerstands durch den Staatsapparat, der eine Illusion des Staatsaufbaus durch Entwicklung an der Seite der Besatzungsmacht versprach – ein Apparat, der, anstatt auf die Befreiung hinzuarbeiten, die Enteignung zugunsten des zionistischen Herrschers vermittelte.

Imperiale Neuinterpretation von Gaza: Board of Genocide

Der „Gaza Board of Peace“ steht für den Versuch des Imperiums, nach einer Völkermordkampagne, die darauf abzielte, die Palästinenser mit allen nur erdenklichen brutalen Mitteln zu entwurzeln, den Thron zu besteigen. Um diese koloniale Neugestaltung Gazas zu verstehen, müssen wir die Architektur begreifen, die im Laufe des Völkermords selbst systematisch aufgebaut wurde. Mittlerweile ist klar, dass die Architektur des Völkermords neben Massenmord und Verstümmelung noch ein weiteres Ziel verfolgte. Sie zielte darauf ab, die Systeme zu identifizieren, die den „Sumud“ der Menschen in Gazas ermöglichen – den „Sumud“ eines Volkes, das über ein Jahrzehnt lang Besatzung und Belagerung erdulden musste und den Besatzern weiterhin ein Dorn im Auge ist – und dies systematisch ins Visier zu nehmen und zu zerstören. (Sumud bedeutet bleiben, aushalten, sich nicht unterwerfen d. Übers.)

Gerade hier werden wir Zeugen der massiven Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen, Wasseraufbereitungsanlagen, lokalen Märkten, kommunalen Lebensmittelausgabestellen, kommunaler Infrastruktur, Straßen, Krankenhäusern, Moscheen, Schulen, Universitäten sowie der alltäglichen sozialen und gemeinschaftlichen Lebenswelten, durch die die Palästinenser im Gazastreifen ihr Leben sichern und mit dem Land verwurzelt bleiben. Dies war der zionistisch-imperiale Plan, jede Grundlage für kollektive Produktion zu zerstören und eine extreme Abhängigkeit von dem zu er-

zwingen, was nach den Trümmern, der Hilfe von außen und der Entwicklungsinfrastruktur kommt. Eine Hilfsinfrastruktur, die im Handumdrehen rationiert, zurückgehalten, umgeleitet und als Waffe eingesetzt werden konnte – als Teil eines Regimes der kollektiven Bestrafung, das darauf abzielte, politische Ziele zu erreichen, die der Besatzer auf andere Weise nicht durchsetzen konnte.

Dies war der Masterplan der Besatzer mit ihrer Architektur des Völkermords: ein Vakuum zu schaffen, das so lebensfeindlich war, dass schon die bloße Wiederherstellung eines Bruchteils des Lebens später als Mittel zur Manipulation, Erpressung und als Köder für ein Volk dienen konnte, das in verzweifelte Notlage getrieben worden war. Was nach diesem Vakuum entstand, war weder ein Waffenstillstand noch Erleichterung, sondern die administrative Fortsetzung des Völkermords. Das „Board of Peace“ verpackt lediglich die Zerstörung der materiellen Lebensgrundlage der Palästinenser in Gaza neu, gefolgt von der bedingten Verwaltung dessen, was zurückkehren darf.

Diese Logik zeigte sich bereits in der „Hungerarchitektur“ und den von der *Boston Consulting Group* konzipierten „Todeskorridoren“ der *Gaza Humanitarian Foundation (GHF)*. Die herbeigeführte Hungersnot, die Zerstörung lokaler Versorgungskapazitäten und die Konzentration des verbliebenen Zugangs zu Lebensmitteln hinter von außen kontrollierten Engpässen machten die politische Funktion der Hilfe im Kontext des Völkermords deutlich.

Was als Hilfe und Linderung von Not dargestellt wurde, wirkte stattdessen als Bestrafung, Eindämmung und Kontrolle. Die *GHF* zeigte in der Praxis, wie eine in eine verzweifelte Notlage getriebene Bevölkerung dazu gezwungen werden konnte, sich über von ausländischen Akteuren verwaltete Überlebenskanäle zu versorgen, wodurch sie Manipulation, Erpressung und Lockangeboten besonders ausgesetzt wurde. In diesem Sinne formalisiert das „Board of Peace“ auf der Ebene der politischen Verwaltung das, was die *GHF* zuvor bereits durch die Steuerung von Hunger und humanitärer Hilfe erprobt hatte.

Durch diese Perspektive wird der in Zellophan gehüllte Schleier des „Board of Peace“ gelüftet, und wir erkennen darin den Versuch, die populäre Keimzelle des Widerstands zu bestrafen und ihr die Kosten des Widerstands für die Befreiung aufzuerlegen. Diese Kosten werden dem palästinensischen Volk weiterhin durch Hunger, Zerstörung und Vertreibung auferlegt – ebenso durch den Versuch, das bloße Überleben selbst zu einem Instrument für Verhandlungen zu machen.

Die finstere Wette der Genozid-Akteure im „Board of Peace“ besteht darin, dass ein durch den Genozid erschöpftes Volk dazu gezwungen werden kann, einen Wiederaufbauplan zu akzeptieren, der sich als Trojanisches Pferd erweist und eine weitere Form gesteuerter Besatzung in sich trägt. Doch auch dies macht die letzte Wunde sichtbar, die das Volk von Gaza dem Körper des Imperiums zugefügt hat: die sich verschärfenden Krisen des zionistischen Staates und der imperialen Unterstützer des Genozids. Das gesamte Vorhaben ist aus ihrem Scheitern hervorgegangen, durch massive Gewalt die Kontrolle über Gaza zu erlangen. Deshalb wurde die Funktionsfähigkeit des „Board“

wiederholt im Zusammenhang mit Entwaffnung, externen Sicherheitsarrangements und dem ungelösten Streit darüber diskutiert, wer Gaza am „Tag danach“ kontrollieren wird. Denn dieses Vorhaben ist nicht Ausdruck einer bereits errungenen Kontrolle, sondern vielmehr der Versuch, durch Zwang zu retten, was angesichts fehlender Kontrolle noch zu retten ist. Letztlich weigerte sich Gaza, seine Zukunft dem Besatzer, imperialen Treuhändern oder den Fantasien von Investoren zu überlassen.

Gaza antwortete seinen genozidalen Tätern mit einem unüberhörbaren und blutenden „Nein!“ Die Menschen in Gaza und die Palästinenserinnen und Palästinenser in der näheren wie weiteren Umgebung lehnten diese Pläne in jeder Phase ab. Sie lehnten die Architektur des Hungers ab. Sie lehnten die Todeskorridore der GHF ab. Sie lehnten die Sprache einer Treuhandschaft ab, sei sie nun arabisch oder nichtarabisch, und sie lehnten die Vorstellung ab, Gaza könne ohne seine Bevölkerung und ohne ihr Recht auf Selbstbestimmung wiederaufgebaut werden. Diese Ablehnung ging zunächst von Palästina selbst aus: Sie zeigte sich in offiziellen Erklärungen palästinensischer Widerstandsgruppen, in Parolen der Bevölkerung, in Stellungnahmen der Zivilgesellschaft und in wiederholten Zurückweisungen von von außen auferlegten Regelungen. Sie zeigte sich auch in lokalen gesellschaftlichen Strukturen und Familien in Gaza – trotz wiederholter Versuche, sie zur Zusammenarbeit mit bestimmten, von außen unterstützten oder von Gebern abgesegneten Regierungsformen zu bewegen, sie zu umgehen oder unter Druck zu setzen. In der Folge wurden Fälle dokumentiert, in denen Familien bombardiert wurden, nachdem sie sich geweigert hatten, mit von Israel unterstützten Milizprojekten zusammenzuarbeiten. Damit wurde deutlich, dass es sich um den Versuch handelte, unter den Bedingungen des Genozids eine alternative soziale Basis zu schaffen.

Die Ablehnung brach auch auf den Straßen in Form weltweiter Proteste hervor und zeigte sich bei Zusammenkünften der palästinensischen Diaspora, etwa bei der *People's Conference for Palestine*, die im August 2025 in Detroit stattfand. Die Konferenz stellte ausdrücklich die gegenwärtige politische Situation in Gaza und die Befreiung Palästinas in den Mittelpunkt. Auch andere Zusammenkünfte und Netzwerke der Diaspora, die von der Türkei und darüber hinaus aktiv sind, darunter die *Popular Conference for Palestinians Abroad*, verurteilten im Januar 2026 öffentlich das US-amerikanische Board of Peace und die damit verbundenen Sanktionen. Der gemeinsame Kern dieser Zurückweisungen war die Überzeugung, dass Gaza nicht durch Verwaltung und Zwang zur Unterwerfung gebracht werden kann und dass der Wiederaufbau Gazas nicht durch die Beschlagnahme bzw. Ausschaltung des politischen Willens der Palästinenser erfolgen darf.

Letztlich weigerte sich Gaza, seine Zukunft der Besatzungsmacht, den imperialen Treuhandverwaltungen oder Fantasien von Investoren zu überlassen. Und Gaza setzt den Widerstand gegen diese Bestrebungen fort – durch den beharrlichen Wiederaufbau des Lebens selbst: Familien errichten Unterkünfte aus Lehm und Trümmern neu, weil Baumaterialien weiterhin blockiert werden, und

lokale Wiederaufbauinitiativen verwenden unter den Bedingungen von Belagerung und Mangel die Trümmer.. Dies sind Beispiele für *Sumud* unter Belagerung – für die beharrliche Standhaftigkeit und das Festhalten am Leben trotz der Bedingungen der Belagerung. Es erfordert ein klares Verständnis des Feindes, eine klare Ablehnung einer von der Befreiung losgelösten Entwicklung und eine klare materielle Verankerung in der Unterstützung der Standhaftigkeit unseres Volkes, sich auf dem Weg zur Befreiung wieder aufzubauen und selbst zu versorgen.

Dieser Moment erfordert eine erneuerte und nüchterne Neubewertung der Frage, wie wir uns zu einer Wirtschaft und einer Wiege des „Sumud“ entwickeln können, die in der Lage ist, der Besatzung und der Erpressung durch Entwicklungspolitik Widerstand zu leisten. Und vor allem erfordert es eine einheitliche palästinensische Vision, die in der Lage ist, jedem kolonialen Angriff die Stirn zu bieten, der unter dem Deckmantel von Frieden, Entwicklung und Hilfe erfolgt. Gaza steht nicht außerhalb des in diesem Artikel nachgezeichneten historischen Musters: Gaza offenbart koloniale Ambitionen in ihrer brutalsten und konzentriertesten Form.

Von der Elektrifizierung über die Judaisierung und die Industrialisierung im Rahmen des Oslo-Abkommens bis hin zum *GHF* und dem „Board of Peace“ – die Themen der Eroberung durch Entwicklung bleiben dieselben. Die Kolonialmacht zerstört die oder bemächtigt sich der materiellen Grundlagen des palästinensischen Lebens und taucht dann wieder auf, um ihnen im Gegenzug für ihre Kapitulation eine kontrollierte Entwicklung oder das Überleben anzubieten.

Diese Lehren und die Summe all dieser Erfahrungen müssen uns – genauso wie den vorigen Generationen widerständiger Palästinenser/innen – ein klares Verständnis unserer Aufgabe vermitteln: Die Befreiung ist die Voraussetzung und nicht das Nebenprodukt einer echten Staatsbildung oder einer wirklichen Entwicklung in Palästina.

Saleh Abbas ist ein palästinensischer Schriftsteller, Forscher und Organisator. Er beschäftigt sich mit der Frage, welche Lehren heutige Aktivistinnen und Aktivisten aus der palästinensischen Geschichte ziehen können. Wenn er nicht aktiv am Organisieren ist oder schreibt, unterrichtet er Dabke, den traditionellen palästinensischen Tanz.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2026/08/how-palestinians-have-resisted-weaponized-development-from-the-british-mandate-to-the-gaza-board-of-peace/>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de